

Absender:

FDP-Fraktion im Rat der Stadt

23-21618

Antrag (öffentlich)

Betreff:

Ein Tag für Demokratie und Mut: Erinnern an den 17. Juni 1953

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.06.2023

Beratungsfolge:

		Status
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	17.08.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	12.09.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	19.09.2023	Ö

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, ein Konzept für ein jährliches Gedenken an den Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR zu erarbeiten. Eine Zusammenarbeit mit unserer Partnerstadt Magdeburg in dieser Sache wird angestrebt.

Begründung:

In diesem Jahr ist es 70 Jahre her, dass in der damaligen DDR etwa eine Million Menschen für bessere Arbeitsbedingungen, freie Wahlen und ein freies Leben auf die Straßen gegangen sind. Dabei haben sie riskiert, bei der brutalen Niederschlagung durch russische Truppen ihr Leben zu verlieren; 55 Menschen wurden dabei getötet, rund 10.000 in den folgenden Tagen inhaftiert. Ihr Kampf für Freiheit war bis 1989 das bedeutendste Ereignis des Widerstands in der DDR und sollte uns im Gedächtnis bleiben.

Die Bedeutung dieses Tages beschränkt sich nicht nur auf den Osten Deutschlands. Als Ausdruck des Volkswillens gegen die Teilung Deutschlands wurde er in der Bundesrepublik als „Tag der Deutschen Einheit“ gefeiert, bis er nach der Wiedervereinigung vom 3. Oktober abgelöst wurde. Aus heutiger Sicht, im Angesicht des Erstarkens autoritärer Strömungen, gewinnt er erneut an Bedeutung.

Wir sollten diesen Tag in Braunschweig nutzen, um an die Ereignisse um den 17. Juni 1953 zu erinnern. Welche Form ein solches Gedenken haben soll, ob eine reine Feierstunde, ein Tag der Demokratie, mit Einbeziehung der Schulen oder ohne, ist der Verwaltung überlassen. Allerdings wäre es wünschenswert, wenn Magdeburg als Braunschweigs Partnerstadt in der ehemaligen DDR in die Planungen sowie die Veranstaltungen eingebunden würde.

Anlagen:

keine